Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — **Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford**

Nr. 109. — **Herford, Montag, den 10. Mai 1920** — **38. Jahrgang**

Der Zusammenbruch der Produktion im bolschewistischen Rußland.

Von einem hervorragenden Kenner der russischen Verhältnisse wird uns geschrieben:

In Bezug auf die Exportfähigkeit Sowjetrußlands verfügt man weder über glaubwürdige Wirtschaftsstatistiken, noch über eine genauere Uebersicht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage russischer Rayons, die für den Export in Betracht kommen. Die von den Bolschewiki angegebenen Zahlen lassen sich auf ihre Zuverlässigkeit nicht nachprüfen und sind tendenziös, was aus dem Stadium der bolschewistischen Presse klar hervorgeht.

Es gibt indessen eine Reihe von feststehenden Tatsachen, die auf die für längere Zeit zu erwartende Exportfähigkeit Sowjetrußlands hinweisen und die übereinstimmend von der bolschewistischen Presse, von kompetenten Organen der Moskauer Regierung und durch frühere russische Kommunisten bestätigt werden.

Die Aussaatfläche hat sich drei Jahren dauernd verringert, gegenwärtig wird sie auf ein Minimum beschränkt wegen des Mangels an landwirtschaftlichen Maschinen und ihrer Abnutzung, wegen der Verminderung des Viehstandes, des Mangels von Düngemitteln und wegen der zunehmenden Tendenz der Bauern, nur für den Eigenbedarf zu produzieren. Die Intensität der landwirtschaftlichen Betriebe ist aus denselben Gründen stark zurückgegangen. Daher ist auch der Gesamtertrag des kulturfähigen Bodens gesunken, insbesondere nach der Zerstörung von Musterbetrieben größerer Privatgüter.

Die Industrie ist nach Angabe der vor kurzem aus London nach Moskau gereisten Cooperativvertretern ruiniert. Die industriellen Rohstoff- und Hilfsquellen sind versiegt. Der enorme Bedarf der Kriegszeit, der allgemeine Rückgang der Produktion seit dem Ausbruch der Revolution und die Verwüstungen des Bürgerkrieges haben die Heizstoffnot bis zum Unerträglichen gesteigert, die Rohmaterialienvorräte in katastrophaler Weise angegriffen und vernichtet.

Die Transportmittel befinden sich in völliger Desorganisation und zwar sowohl auf der Eisenbahn als auch auf den Wasserwegen.

Im einzelnen wäre zu sagen: In den sog. Ueberschußgouvernements (besonders im Süden, in den südöstlichen Kosakengebieten, im mittleren Wolgarayon und in Sibirien) sind möglicherweise gewisse Reste von Vorräten an einzelnen Punkten oder auf dem Lande vorhanden, jedoch kommen sie für die Ausfuhr nach dem Auslande schon wegen der Notwendigkeit, die ausgehungerte Bevölkerung des übrigen Rußland zuerst zu versorgen, nicht in Frage und könnten schon wegen der Verkehrsmisere nicht an die Küstenplätze herangeschafft werden.

Gerade in Bezug auf die Lebensmittelvorräte liegen deutliche pessimistische Hinweise vor. Rußland hat gegenwärtig selbst starken Bedarf an Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande. Indirekt könnte man darauf schon aus der Aeußerung Radeks schließen, der gleich nach seiner letzten Rückkehr nach Rußland erklärte, mit einer Zufuhr von Lebensmitteln nach Rußland dürfe man nicht rechnen. Nun hat die „Prawda" kürzlich gerade heraus die Hoffnung ausgesprochen, daß die anzubahnenden Handelsbeziehungen mit dem Auslande die Lebensmittelzufuhr ermöglichen werden. Der letzte allrussische Kosakenkongreß hat eine Resolution herausgebracht, die von dem völligen Ruin der Uralsk-, Orenburg- und Dongebiete spricht. Gegenden, die früher als Kornkammern galten, sind jetzt selbst auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Bezeichnend ist es, daß nicht einmal die Zuckerindustrie exportbereit ist, wegen ihres katastrophalen Rückganges.

Nicht viel anders steht es auch mit anderen Waren. Der Vorsitzende des Moskauer obersten Wirtschaftsrates Rykow hat erst kürzlich auf die Verringerung des Flachsbaues, der Häute- und Wollindustrie hingewiesen. Die nationalisierten Unternehmen der Textilindustrie liefern nach ihm nicht mehr als 10 Prozent der normalen Produktion. Krassin hat nach dem „Temps" erklärt, Sowjetrußland könne außer Holz nichts liefern. Die Bezahlung der ausländischen Waren soll nach ihm aus dem Geldfonds der Republik erfolgen. Lunatscharski erklärte, daß das einzige Mittel, den Bedarf Rußlands an Büchern zu decken, die Inanspruchnahme der Industrie im Auslande wäre, da die heimische Papierindustrie nicht leistungsfähig ist.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Münster, 8. Mai. Aus zahlreichen Hilferufen von Zivilbehörden geht hervor, daß die Bevölkerung des Gebietes nördlich der Ruhr die alsbaldige Zurückziehung sämtlicher Reichswehrtruppen befürchtet. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß zunächst nur soviel Truppen aus diesem Gebiet abbefördert werden, als es die Lage gestattet. Verschiedene Transporte sind aber erforderlich, einmal, um die Truppen, soweit möglich, aus militärischen Gründen in ihre Garnisonen zurückzuführen, besonders aber, um die Truppen in der neutralen Zone auf die von der Entente zugestandene Höchstzahl herabzumindern. Ein Anlaß zu Besorgnissen besteht also vorläufig nicht, da die zurückbleibenden Truppen augenblicklich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausreichen.

Im Gegensatz dazu steht folgende Meldung:

Essen, 8. Mai. Nachdem gestern ein Teil der Reichswehrtruppen Essen verlassen hatte, folgte ihnen heute der Rest der Truppen. Die Truppen, die in den letzten Wochen hier stationiert waren, verlassen die neutrale Zone.

Das Neueste vom Tage.

Der Polizeipräsident von Frankfurt hat die ihm vom General der Rheinarmee auferlegte Geldstrafe von 10 000 ℳ der zuständigen französischen Behörde mit einem Schreiben übermittelt, in welchem er gegen die Bestrafung entschieden Verwahrung einlegt und bestreitet, daß Waffen in beträchtlich höherer Zahl, als zur Ausstattung der Polizei erforderlich sind, vorhanden waren.

Kapitän Ehrhardt hat sich nach Verabschiedung der Marinebrigade in Sicherheit gebracht; sein Aufenthalt ist unbekannt.

In Dresden hielt der Reichsfinanzminister Wirth eine große politische Rede, in der er sich gegen den Staatsbankerott erklärte, das Anwachsen des Defizits bei allen Ressorts beklagte und für die bisherige Koalitionspolitik eintrat.

Die ungarische Friedensdelegation ersuchte, die Frist, die ihr eingeräumt worden war, um die endgültige Antwort auf die Friedensbedingungen zu erteilen, um fünf Tage zu verlängern. Dem Begehren wurde entsprochen.

Nach einem Funkspruch aus Moskau haben die polnischen Pans, nachdem sie die Friedensverhandlungen abgebrochen haben, eine Offensive begonnen und Kiew genommen.

Mit Litauen ist nunmehr ein Abkommen über Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr abgeschlossen worden. Die Post soll vorerst mit Dampfern befördert werden, der Fernsprechverkehr wird in Kürze aufgenommen.

Der Heimtransport der deutschen Gefangenen aus Sowjet-Rußland beginnt am 11. Mai.

Minister Stegerwald hat, nach dem „Berliner Lokalanzeiger", den Posten eines Präsidenten des Ruhrsiedlungsverbandes dem Oberbürgermeister der Stadt Neuß, Gielen, angetragen.

Wie der „Telegraaf" aus London meldet, bestreitet das Auswärtige Amt nachdrücklich die Richtigkeit einer Moskauer Meldung, nach der die englische Regierung beabsichtige, den Sultan aus Konstantinopel nach Brussa zu bringen.

Aus England werden Heereslieferungen für die Polen gemeldet.

Im englischen Unterhause trat Lord Corzon für ein starkes Heer wegen der Schwierigkeiten in der türkischen Frage ein.

Einige Abendblätter veröffentlichen Depeschen aus Belfast, nach denen die irische Polizei in den Ausstand treten soll, wenn die Regierung nicht die notwenigen Maßnahmen treffe, um die Polizei in Ausübung ihrer Pflicht zu schützen.

Die französische Regierung verbot in ganz Frankreich das Abhalten kommunistischer Versammlungen.

Die französischen Finanzsachverständigen, die die Vorarbeiten für die Konferenz von Spaa in Gemeinschaft mit den englischen Sachverständigen durchführen wollen, sind in London angekommen.

Die republikanischen Führer haben sich dahin geeinigt, daß die republikanische Resolution betreffend die Beendigung des Krieges mit Deutschland am Montag im Senat zur Beratung gebracht werden soll und zwar bis zur endgültigen Entscheidung darüber.

Der Korrespondent der „Times" in Washington meldet: Republikanische Senatoren aus allen Staaten hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, bei der Präsidentschaftswahl das amerikanische Volk über die Völkerbundfrage entscheiden zu lassen. Zu diesem Zweck wurde eine Erklärung angenommen, die das Völkerbundsstatut in der Form, wie es Wilson aus Paris mitbrachte, verurteilt, den Krieg für ungesetzlich erklärt und die Errichtung eines parlamentarischen internationalen Gerichtshofes gefordert.

Der letzte Heimschaffungstransport mit Familien aus Japan und China ist nach telegraphischer Nachricht am 6. Mai von Port Said nach Hamburg in See gegangen und wird vom 23. Mai ab in Hamburg erwartet.

Vollstreckung zweier Todesurteile.

Essen, 10. Mai. Die Arbeiter Josef Wiesemann aus Essen-Borbeck und Josef Fuchs aus Essen waren am 13. April 1920 vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Plünderung mit Waffengewalt zum Tode verurteilt. Da der Reichspräsident von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ist das Urteil am Sonnabend früh 6 Uhr in Münster durch Erschießen vollstreckt worden.

Polnischer Generalstreik in Oberschlesien.

Kattowitz, 10. Mai. Die „Gazeta Ludowa" bringt in ihrer Nummer vom 9. Mai in Fettdruck folgenden Aufruf: Die Deutschen veranstalten am Sonntag, den 9. Mai eine Demonstration und wollen dabei polnische Geschäfte plündern und demolieren. An erster Stelle stehen die polnischen Druckereien Gazeta Ludowa und Gazeta Robonica. Wir wollen dem deutschen Vernichtungsplan zuvorkommen und vorher bereits die Kattowitzer Zeitung, den Oberschlesischen Kurier, die Ostdeutsche Morgenpost, den Oberschlesischen Wanderer, sowie für jedes polnische Geschäft zehn deutsche zerstören. Von den deutschen Zeitungen ist von der Sicherheitspolizei und der Ententekommission ausreichender Schutz angefordert worden.

Kattowitz, 10. Mai. Die Spannung in Oberschlesien ist immer noch im Wachsen begriffen. Das Blatt Porsonty hat mit seinem Anhang zum Generalstreik der Polen für den heutigen Tag aufgerufen. Dagegen erlassen das deutsche Plebiszitkommissariat in Kattowitz, die Gewerkschaften und alle Beamtenorganisationen einen Aufruf, in dem vor diesem Streik gewarnt wird.

Im Hotel Lomnitza in Beuthen herrscht seit einigen Tagen eine fieberhafte Tätigkeit. Die polnischen Kuriere gehen ständig ein und aus. Es wird ein reger Verkehr mit Kongreßpolen und Posen unterhalten. Auch der Besitzer des Residenzhotels in Kattowitz, der Pole Gorkis, war in den letzten Tagen wieder in Posen.

Oppeln, 10. Mai. Es wird gemeldet, daß eine alliierte Sonderkommission unter Leitung des Generals Nollet auf Grund der deutschen Beschwerde nach Oberschlesien unterwegs ist. Die bereits angekündigte Verstärkung der Besatzungsbehörden in Oberschlesien um 25 Prozent ist vom Obersten Rat genehmigt worden.

Kriegsmaterial für Polen.

wtb. **Rotterdam**, 10. Mai. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet der „Daily Herald", in dem ostindischen Dock werde der Dampfer „Jolly George" mit Munition für Warschau beladen. Der dänische Dampfer „Neptun" sei bereits mit acht großen Flugzeugen für das polnische Heer unterwegs. Ein anderes Schiff, das wegen Havarie in den Hafen zurückkehren mußte, sei ebenfalls mit Munition für Polen beladen gewesen.

Schwere polnisch-tschechische Zusammenstöße.

wtb. **Berlin**, 11. Mai. Wie die Blätter aus Mährisch-Ostau melden, zogen am Freitag nach Schluß einer in Orlau stattgehabten Protestversammlung tschechische Bergarbeiter nach Poremba und Polnisch-Leuthen, um die polnischen Gendarmen und die polnische Zivilbevölkerung zu entwaffnen. Sie stießen unterwegs auf eine polnische Gendarmerieabteilung, die ein Gewehrfeuer eröffnete, durch das zwei Bergleute tödlich verletzt wurden. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem mehrere Gendarmen schwer verletzt wurden. Als nunmehr zwei Eskadronen Ententetruppen erschienen, wandten sich die Bergarbeiter gegen diese und schlugen einen französischen Soldaten nieder. Sie wurden schließlich zerstreut. Gestern nacht kam es auch in Zablacz bei Oberburg zwischen polnischen und tschechischen Arbeitern zu schweren Zusammenstößen, wobei Militär eingreifen mußte. Fünf Personen wurden durch Schüsse schwer verletzt.

150 Milliarden Entschädigung?

London, 10. Mai. Wie die „Daily News" erfährt, haben sich die englische und französische Regierung grundsätzlich über das System, nach dem Deutschland die jährlichen Abschlagszahlungen der Schadenersatzsumme zu zahlen hätte geeinigt. Der Gesamtbetrag ist noch nicht festgelegt, aber es ist eine Summe von 150 Milliarden, verteilt auf 30 Jahre, in Vorschlag gebracht worden.

Die angeblichen Waffenfunde im Maingau.

Amsterdam, 10. Mai. Im englischen Unterhause erkundigte sich Viscount Curzon, ob die Frage der Kriegsverbrecher in San Remo zur Sprache gekommen sei. Bonar Law erwiderte, dies sei der Fall gewesen, und wie er höre, würden in Paris in der Angelegenheit Schritte getan, doch sei es besser, keine unvollkommenen Mitteilungen zu geben. Die Regierung müsse erst endgültig wissen, was geschehe. In Erwiderung einer anderen Anfrage sagte Bonar Law, nach amtlichen französischen Berichten seien bei dem Vormarsch im Maingau 7583 Gewehre, 6 Geschütze und 113 Maschinengewehre aufgefunden worden. Dies werde nicht als eine sehr bedeutende Menge angesehen.

Im Widerspruch zu der Meldung von der bevorstehenden Räumung des Maingaues steht folgender Drahtbericht:

Mainz, 10. Mai. Kleine hessische Landstädte, wie Großgerau, Nierstein und Wörrstadt, welche als Etappen für die Besetzung des Maingaues, als Bahnpunkte und Rheinübergang wichtig sind, erhalten neuerdings wieder französische, teilweise erhebliche Garnisonen. Nierstein erhält sogar farbige Truppen.

Deutsches Reich.

Kapitän Ehrhardt flieht.

wtb. **Berlin,** 10. Mai. Kapitän Ehrhardt, der Führer der zweiten zur Zeit im Munsterlager in Auflösung begriffene Marinebrigade, hat den Befehl über die Brigade niedergelegt und das Lager verlassen. Er hat den Truppen seinen Abschied in einem Briefe bekanntgegeben, der durch den Chef des Stabes den Soldaten mitgeteilt worden ist. Darin sagt Ehrhardt, daß er sich vollkommen frei dazu entschlossen habe, nicht in Haft zu gehen, sondern sich in Sicherheit zu begeben.

Echt französisch.

wtb. **Frankfurt** a. M., 10. Mai. Auf Anordnung des kommandierenden Generals der Besatzungsarmee bleibt das Opernhaus am 9. und 10. Mai geschlossen. Diese Maßnahme ist auf den Vortrag eines Kupletverses in der am Freitag stattgehabten Aufführung der Operette „Der Bettelstudent" zurückzuführen, an dem anwesende französische Offiziere Anstoß nahmen.

Der durchgefallene Ministerpräsident.

T.U. **Ludwigshafen,** 10. Mai. Bei der gestern vorgenommenen Bürgermeisterwahl, zu der der Nürnberger Stadtrat Weiß (Demokrat) und der frühere bayer. Ministerpräsident Hoffmann kandidierten, wurde Weiß mit 4500 Stimmen Mehrheit gewählt. Die Unabhängigen enthielten sich laut Parteibeschluß der Stimmenabgabe.

Eine Enthüllung des Obersten Bauer.

Der amerikanische Journalist Kurt von Wiegand hat es unternommen, die Persönlichkeiten zu interviewen, in denen man die Hintermänner der reaktionären Bestrebungen in Deutschland gesehen hat. Nach Ludendorff ist von ihm Oberst Bauer befragt worden, der zu den politischen Bestrebungen nicht viel neues sagte, aber eine bemerkenswerte Mitteilung machte über die Vorgänge im Kriege. Er sprach von der allgemeinen Fiktion, daß die Oberste Heeresleitung in bezug auf Deutschlands Politik und militärische Maßnahmen absolute diktatorische Macht besessen habe. Diese Auffassung bezeichnete er als irrig und sagte: „Die Oberste Heeresleitung war nur eine von den Instanzen, die den Kaiser umgaben. Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste betteln und auf die vitalsten Entschließungen mußten wir mitunter wochenlang warten. Man konnte den Kaiser zu einer Entschlußfassung nicht bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse oder der Ausgang des Krieges sei gefährdet und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden." Wiegand fügt hinzu, daß der Plan an Hindenburgs unerschütterlicher Opposition gescheitert sei.

Treue der Auslandsdeutschen.

Der Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko hat an 100 deutsche Männer und Frauen, in allen Teilen der deutschen Heimat, Geldsendungen im Gesamtbetrage von 14 000 amerikanischen Golddollars gesandt, die aus einer freiwilligen und freudig aufgebrachten Stiftung der Deutschen in Stadt und Land Mexikos stammen und untrüglichen Beweis treuer Anhänglichkeit an das Land der Geburt und Abstammung bilden. Die den deutschen Persönlichkeiten übermittelten Gelder sollen für darbende deutsche Kinder und Frauen verwandt werden. Diese hochherzige Stiftung des Verbandes der deutschen Reichsangehörigen in Mexiko ist von neuem ein Beweis für die treue Anhänglichkeit der Auslanddeutschen an die Heimat und wird sicherlich dazu beitragen, auch in Deutschland die Achtung vor den Auslanddeutschen und die Wertschätzung deutscher Tätigkeit im Auslande zu mehren.

•

Wie von zuständiger Stelle bekannt wird, steht ein Erlaß des Reichspräsidenten, der die Einberufung der Sozialisierungskommission bestätigt und ihr die nötigen Rechte und Vollmachten zuweist, bevor. Die Vorbereitungen zur Aufnahme der praktischen Tätigkeit sind seit langer Zeit eingeleitet und soweit gediehen, daß die Kommission ihre Arbeiten sofort beginnen kann.

Dem „Telegraaf" zufolge ist die Milchausfuhr nach Deutschland beträchtlich vermehrt worden. Die Menge der ausgeführten Milch, die ursprünglich 35 000 Liter pro Tag betrug, ist allmählich auf 50—60 000 gestiegen und wird jetzt auf 76 000 Liter täglich gebracht werden.

Pariser Blätter bringen eine Mitteilung des Sekretärs der Gewerkschaft der Angestellten der Untergrundbahnen, in welcher die Angestellten aufgefordert werden, die Arbeit am kommenden Montag nicht wieder aufzunehmen, sondern Solidarität zu üben, damit die angestrebte Verstaatlichung der Pariser Transportunternehmungen erreicht wird. Ferner wird eine Aufforderung des Bundes der Hafen- und Dockarbeiter veröffentlicht, die Arbeit auf unbestimmte Zeit ruhen zu lassen.

Der Streik der Bankangestellten dauert fort. Vor den einzelnen Bankgebäuden sind Streikposten aufgestellt. Die Bankleitungen erklären, daß der notwendigste Kassenverkehr nach Möglichkeit in den Vormittagsstunden aufrecht erhalten werden solle.

Nach einer Kölner Meldung haben die Bankleitungen den im Streik verharrenden Angestellten mit Kündigung gedroht.

Ausland.

Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisses.

Amsterdam, 10. Mai. Amtlich wird berichtet, daß das japanisch-englische Bündnis auf sieben Jahre verlängert worden ist. Der Vertrag soll dem Völkerbund vorgelegt werden.

Gedrückte Stimmung in Ungarn.

T.U. **Budapest,** 10. Mai. Die am 8. Mai offiziell bekannt gewordene Tatsache, daß der Ungarn überreichte Friedensvertrag in territorialer Hinsicht keine Abänderung erfahren soll und eine Volksabstimmung grundsätzlich abgelehnt wird, hat eine unbeschreiblich gedrückte Stimmung hervorgerufen. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Vertrag unannehmbar sei und keinesfalls so bleiben könne, da sonst Gefahr für den Frieden ganz Europas besteht.

Wahlbewegung.

wtb. **Hannover,** 10. Mai. Beim Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei für den Wahlkreis Hannover-Süd wurde die Organisation der veränderten Gestalt des Wahlkreises angepaßt und Dr. med. Bade-Hannover wieder zum Vorsitzenden gewählt. Die Kandidatenliste weist folgende 10 ersten Namen auf: 1. Abg. Wilhelm Heile, Herausgeber der „Hilfe", 2. Lehrer Rönneburg, Staatsminister, Braunschweig, 3. Ing. Otto Blum, Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, 4. Elisabeth Hoffmeier, Ehefrau des Malermeisters Hoffmeier, Hannover-Linden, 5. Adolf Mensing, Landwirt, Wipshausen bei Peine, 6. Heinz-Julius Mackenthun, Fabrikant, Lippspringe, 7. Karl Jessen, Geschäftsführer eines Angestelltenverbandes, Hannover, 8. Oberpostschaffner Otto Fricke, Landtagsabgeordneter, Vorsitzender des Verbandes der Postunterbeamten, Braunschweig, 9. Alfred Ohms, Bäckermeister, Hildesheim, 10. Dr. Fritz Schulz, Professor der Rechte an der Universität Göttingen.

München, 9. Mai. Die demokratische Partei und der Bauernbund veröffentlichen ihren Wahlaufruf. In diesem wird die Notwendigkeit betont, einen starken Nationalismus für die großen geschichtlichen Aufgaben der deutschen Demokratie zu erwecken, ferner eine scharfe Trennung von jeder Loslösungsbestrebung einzelner Teile vom Reiche vorzunehmen und jede verfassungswidrige Nebenregierung energisch zu bekämpfen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung. Nr. 151

10. Mai.

Demokratische Wahlversammlung.

In der von der Deutschen Demokratischen Partei einberufenen Wahlversammlung auf dem Schützenhofe, über die wir bereits kurz berichtet haben, führte der demokratische Kandidat für unsern Reichstagswahlkreis, Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg, etwa folgendes aus:

Als ich mich auf der Reise nach Herford befand, fiel mir ein Artikel meines Gegenkandidaten, des Abg. Dr. Hugo, in der Westfäl. Ztg. in die Hände: Der Demokratie Glück und Ende. Das klingt wie ein Totengesang. Erlauben Sie mir deshalb darzulegen, daß es mit der Sache, die ich zu vertreten habe, noch nicht so weit ist, wie Herr Dr. Hugo glauben machen will. Herr Dr. Hugo will beweisen, daß die Demokraten in der Mehrheit, in der sie arbeiten, sich zu einer einflußlosen Rolle hätten herabdrücken lassen. Erst gestern hat die demokratische Fraktion der Landesversammlung in der wichtigen Frage der Einwohnerwehren, die nach einem Antrage der beiden sozialistischen Parteien abgeschafft werden sollten — eine der traurigen Folgen des Kapp-Putsches — einen positiven Antrag gestellt, der die Annahme sämtlicher Parteien mit Ausnahme der beiden sozialdemokratischen gefunden hat: der Antrag auf Bildung von Orts- und Flurschutz und auf weitere Ausgestaltung der staatlichen Sicherheitswehren. Aus parteipolitischen Gründen darf keinem der Beitritt zur Sicherheitswehr mehr verwehrt werden. Dies praktische Beispiel wird wohl Herrn Dr. Hugo und seinen Freunden Beweis genug sein von der Selbständigkeit der Demokraten innerhalb der Koalition.

War denn die Koalitionsregierung wirklich so unfruchtbar in ihren Leistungen? Sie kann doch auf positive Leistungen zurückblicken — bis zum 13. März dieses Jahres. War die Abwehr des Auslieferungsverlangens der Feinde, war das Abkommen mit den Bergarbeitern denn kein Erfolg? Waren im Eisenbahnbetriebe nicht Momente der Gesundung zu verzeichnen? Einschneidende Eingriffe in unser Wirtschaftsleben wie die Wiedereinführung der Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten konnten vollzogen werden, ohne daß im ganzen preußischen Staate ein Schuß fiel.

In die Zeit des Wiederaufbaus fiel dann aber der unglückselige Kapp-Putsch. Die Demokraten Berlins können sich mit Recht ein großes Verdienst daran beimessen, wie dieser verbrecherische Putsch unterdrückt wurde. Mit einigen Parteifreunden habe ich selbst in der Reichskanzlei Herrn Kapp die Folgen seines Unternehmens vorgestellt und ihn ersucht, schleunigst zurückzutreten. Das war am Sonntag, den 14. März, als sich Kapp im Zenith seiner vermeintlichen Macht befand. Herr Kapp, dem wir den drohenden Eisenbahnerstreik und die Berlin bevorstehende Hungersnot vorstellten, erklärte, er wollte uns Antwort sagen lassen. Diese erfolgte dann in einer sehr merkwürdigen Form. Bei dem Eisenbahnminister Oeser erschien mit einigen schwer bewaffneten Soldaten ein Hauptmann und forderte die sofortige Herausgabe der Adressenliste der Führer der Eisenbahner-Gewerkschaften!

Unsere Vorstellungen haben jedenfalls Herrn Kapp sehr nachdenklich gestimmt, sodaß er schon am Sonntag abend zurücktreten wollte. Wir dürfen also sagen, daß wir in den allerersten Anfängen des Kapp-Putsches alles getan haben, um die schleunigste Beendigung des Abenteurers herbeizuführen. Der Energie des Vizekanzlers Schiffer ist es zu danken, wenn Lüttwitz schließlich klein beigegeben hat.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen wollten glauben machen, daß der Generalstreik schlimmer gewesen sei als der Kapp-Putsch. Auch in dieser Versamm-

---

Zwischen Himmel und Erde.

35) Erzählung von Otto Ludwig.

Es war den Tag darauf, daß der alte Valentin an die Wohnstubentür pochte. Er war schon einigemal an der Tür gewesen und wieder fortgegangen. Sein ganzes Wesen drückte Unruhe aus. Es machte ihn etwas, woran er immer denken mußte, so zerstreut, daß, als es vergebens auf ein „Herein" gewartet, er meinte, er müsse es in Gedanken überhört haben, und das Ohr an das Schlüsselloch legte, als seh' er voraus, es müsse noch jetzt zu hören sein, wenn man sich nur recht mühe. Die Unruhe weckte ihn aus der Zerstreuung. Er pochte zum zweiten und zum drittenmal, und als der Ruf immer noch ausblieb, faßte er sich den Mut, öffnete und trat in die Stube. Die junge Frau war ihm schon seit einiger Zeit immer ausgewichen. Sie tat es auch diesmal; aber heute mußte er sie sprechen. Sie saß, absichtlich von den Fenstern entfernt, an der Kammertüre. Der Alte sah nicht, daß sie eben so unruhig war als er, und sein Hiersein sie noch mehr ängstete. Er entschuldigte sein Eindringen. Als sie eine Bewegung machte, sich zu entfernen, versicherte er, sein Bleiben solle kurz sein; er wäre nicht mit Gewalt hereingedrungen, wenn nicht etwas ihn triebe, was vielleicht sehr wichtig sei. Er wünsche das nicht, aber es sei doch möglich. Die Frau horchte und sah immer ängstlicher bald nach den Fenstern, bald nach der Tür. Müsse er ihr etwas sagen, soll er's, so schnell er könne. Valentin schien zugleich auf die ängstlichen Blicke der Frau zu antworten, als er begann: „Herr Fritz sind auf dem Kirchendach von Sankt Georg. Ich hab' ihn eben noch vom Hofe aus gesehen". „Und hat er hierher gesehn? Hat er Euch ins Haus gehn sehn?" fragte die Frau in einem Atem. „Bewahre", sagte der Alte; „er arbeitet heute wie ein Feind. Denkt an kein Essen und Trinken. Wenn ein Mensch so arbeitet" — Der Alte brach ab und dachte seinen Satz fertig: „so hat er was vor". Die Frau schwieg auch. Sie kämpfte mit dem Gedanken, dem treuen Alten ihre ganze Angst anzuvertrauen. Der Alte merkte nichts davon. „Der Nachbar da, Sie wissen's wohl", fuhr er fort, „kann zu Zeiten keine Nacht schlafen. Da hat er die Nacht, eh' Herr Apollonius nach Brambach gegangen ist, zu seinem Küchenfenster heraus, einen in unsern Schuppen schleichen sehn, den Gang vom Hause hinter". Der Alte sagte nicht, wen der Nachbar gesehen; wahrscheinlich sollte die junge Frau ihn danach fragen. Sie tat es nicht; sie hatte seine Geschichte nicht gehört. Er fuhr fort: „Den Abend vorher, eh' der Herr Apollonius nach Brambach gegangen ist, hat er das Zeug aussuchen wollen, das er hat mitnehmen wollen; er hat alles untersucht; das tut er immer; aber er hat sich nicht entschließen können. Und das ist so merkwürdig, wie daß der Herr Fritz auf einmal so fleißig geworden ist". Apollonius' Name weckte die junge Frau; sie horchte, als der Alte fortfuhr: „Daran hab' ich erst vorhin im Schuppen gedacht. Wie mir der Nachbar da erzählt hat, daß einer in den Schuppen geschlichen ist, hab' ich gedacht: was muß der dort gewollt haben, der dort hinein geschlichen ist und bei Nacht. Und wie ich gesehen hab' und hab' den Herrn Fritz so arbeiten sehn, da ist eine Unruh' über mich gekommen und hat mich in den Schuppen hineingetrieben wie mit dem Stock hinter mir her. Da hab' ich mir alles mögliche vorgestellt, was einer drin hat machen können, der hineingeschlichen ist. Erst hab' ich das Zimmerbeil an der Tür liegen sehn, das dahin gehört, wo das andere Werkzeug ist. Da hab' ich gedacht: Hat er was mit dem Beile gemacht? Und hab' mir wieder vorgestellt, was einer mit dem Beil drin machen kann, der bei Nacht hineingeschlichen ist. Mir ist der Gedanke gekommen, es könnt' was an den Leitern sein. Aber ich hab's nicht gefunden daran. An dem Hängestuhl, der noch dort lag, war auch nichts. Da fing ich an, die Kloben zu betrachten, und endlich das Seilwerk. Da war an einem was, als wär's hier und dan an was Hartes angetroffen, und das hätt' das Seil verschunden. Da denk' ich: Das geschieht oft und will's schon wieder hinlegen. Aber ich denk' auch wieder: Sonst ist nichts; und wenn einer hereinschleicht, hat er was gewollt; und wenn er das Beil gehabt hat, hat er auch was damit gemacht. Da seh' ich genauer zu und — Gott behüt' einen Christenmenschen! Da war hier mit dem Beil hereingestochen, und dort, und noch einmal, und noch einmal. Ich werfs' über den Balken und häng' mich daran, da klaffen die Stiche auf; ich glaub' wenn ein Fahrzeug daran wuchtet, das Seil ist imstand, zu zerreißen". Der Alte war ganz bleich geworden über seiner Erzählung. Die Frau hatte immer angstvoller an seinem Mund gehangen; sie war in den Stuhl zurückgefallen und konnte kaum sprechen. „Er hat gedroht", ächzte sie. Der Alte verstand nicht was sie sagte. „Den Abend vorher war's noch nicht", fuhr er fort. „Herr Apollonius, der hat ein Aug' für einen Mückenstich. Er hätt's gefunden, wie er alles untersucht hat. Nun denk' ich, der die Beilstiche gemacht hat, hat die Untersuchung mit angesehen und hat gemeint, Herr Apollonius wird das Zeug nicht noch einmal untersuchen, wenn er's morgen braucht. Und da ist er bei Nacht hereingeschlichen". „Valentin", schrie die Frau auf und faßte ihn bei den Schultern, halb wie um ihn zu zwingen, er soll ihr die Wahrheit sagen, halb, um sich an ihm aufrecht zu erhalten. „Er hat's doch nicht mitgenommen? Valentin, so sag's doch nur!" „Das nicht", sagte Valentin. „Aber den anderen Hängestuhl, der darin lag, und das Seilzeug dazu, und noch mehr". „Und waren auch dort Stiche drin?" fragte die Frau in noch immer steigender Angst. Der Alte sagte: „Ich weiß nicht. Aber der sie gemacht hat, hat nicht gewußt, welches Herr Apollonius mitnehmen wird". „Wenn er sicher gegangen ist, so hat er alle beide — und ich bin schuld", stöhnte die Frau. „Er hat lang' gedroht, er will ihm was tun. Er tat, als wär's einer von seinen Späßen. Wenn ich's jemand sagte, wollt' er es im Ernste tun". „Wer so scherzt", sagte Valentin, „der macht auch solchen Ernst". Die Frau zitterte so heftig an allen Gliedern, daß der Alte seine Angst um Apollonius über der Angst um sie vergaß. Er mußte sie halten, daß sie nicht umfiel. Aber sie stieß ihn von sich und flehte und drohte zugleich: „Rett' ihn, Valentin, rett' ihn. Hilf, Valentin! Ach Gott, sonst hab' ich's getan". Und betete zu Gott um Rettung und jammerte immer dazwischen auf: er sei tot und sie sei die Schuld. Sie rief Apollonius selbst mit den zärtlichsten Namen, er solle nicht sterben. Valentin suchte in der Angst nach einer Beruhigung für sie und fand ein etwas davon für sich selbst mit. Wenn es auch nicht beruhigen konnte, so gab es doch Hoffnung, daß Apollonius schon auf dem Rückweg sein müsse. Daß er gewiß das Tauwerk noch einmal untersucht habe. Daß man, wäre er verunglückt, es nunmehr wissen müßte. Er mußte ihr das zehnmal vorsagen, ehe sie nur verstand, was er meinte. Und nun erwartete sie den Boten, der die gräßliche Nachricht bringen konnte, und schrak auf bei jedem Laut. Ihr eigenes Schluchzen hielt sie für die Stimme des Boten. Valentin lief endlich, da ihre Angst und Ratlosigkeit ihn selber mit ergriff, zu dem alten Herrn, ihn hereinzuholen zu der Frau. Er wußte nicht, was beginnen; und vielleicht war noch zu retten, wenn man etwas tat; vielleicht wußte der alte Herr, was zu tun war, um zu retten.

(Fortsetzung folgt.)

lung scheint man zum Teil (wie verschiedene Zurufe zeigen) an dieses Märchen zu glauben. Oder glauben Sie etwa, Lüttwitz und Konsorten wären freiwillig zurückgetreten? Deshalb gab es kein anderes Mittel als den Generalstreik. (Beifall.) Es war ein kritisches Moment, wo es hieß: für oder gegen die Verfassung — da gab es kein Zaudern. In dieser schweren Stunde der Gefahr mußten wir mit der Sozialdemokratie zusammengehen. Dieser Generalstreik hat es denn auch erreicht, daß die Kapp-Lüttwitz-Herrschaft nach 100 Stunden völlig zusammengebrochen war. Die Demokraten haben daran einen stolzen Anteil, auch daran, daß bis zum Verschwinden Kapps sich noch kein schwerer blutiger Zusammenstoß ereignet hatte. Und es wird für jeden Demokraten, der es mit erlebt hat, immer eine schöne Erinnerung bleiben, wie Herr v. Lüttwitz das Oberkommando an General v. Seeckt abgab und wie Vizekanzler Dr. Schiffer darauf den Sitz der Regierung vom Reichsjustizamt wieder in die Reichskanzlei verlegte. Er tat das auf eine sehr einfache und doch symbolisch bedeutungsvolle Weise, indem er Hut, Ueberzieher und Regenschirm nahm und in die noch von Waffen starrende Reichskanzlei hinüberging. Er brachte damit zum Ausdruck, wie falsch es ist, wenn man glaubt, ein Volk durch die Gewalt der Waffen beherrschen zu können anstatt durch das

Vertrauen der Masse.

Es war also ein Symbol des Sieges der unbewaffneten Demokratie. Nun konnte zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen werden. Zu unserm Schmerz mußten wir aber erleben, daß dieser Parole von der Mehrheitsdemokratie und der U. S. P. nicht Folge geleistet wurde! In der schroffsten Weise wurde erklärt: für uns ist der Generalstreik noch nicht erledigt, wir Arbeiter haben den Sieg herbeigeführt und dafür wollen wir eine besondere Belohnung haben in Gestalt entscheidenden Einflusses bei der Bildung der Regierung im Reiche und in Preußen, sowie entscheidenden Einfluß bei der Gesetzgebung. Wir „schlappen Demokraten" mußten nun diese Forderungen auf ein einigermaßen vernünftiges Maß herabschrauben. Ich muß gestehen, daß ich Verhandlungen dieser Art noch nicht mitgemacht habe. Wenn Sie die ersten Forderungen kennen, dann müssen Sie zugeben, daß sie eine sehr erhebliche Herabminderung durch uns erfahren haben. Die sofortige Sozialisierung aller Betriebe haben wir glatt abgelehnt, wir haben nur die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige zugestanden. Verschiedene andere Forderungen haben wir ganz erheblich reduziert. Erreicht haben wir dennoch, daß der Generalstreik abgeblasen wurde und endlich die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Diese Beispiele werden Ihnen zeigen, welche Rolle die Demokratische Partei innerhalb der Mehrheitsregierung spielt. Wir haben in ihr einen festen und klaren Willen. Aber wir haben uns auch gesagt, daß wir unser krankes, aufgeregtes Volk wieder zur Ruhe bringen müssen. Wir vergleichen unsere Handlungsweise mit der des Arztes. Wir wollen auch weiterhin mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammen arbeiten, wenn sie den Grundsatz der demokratischen Gleichberechtigung weiter anerkennt. Nur Toren können sie ausschalten wollen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht gehen aber unsere Anschauungen auseinander, das stellen wir auf das zweifelfreieste fest. Mit der Sozialdemokratie aber wollen wir mitarbeiten an der Abstellung der sozialen Schäden wie sie jede Wirtschaftsverfassung mit sich bringt.

Unsere Mitwirkung in der Regierung leiten wir davon her, weil wir die einzige Partei sind, die versöhnend wirken kann sowohl nach rechts wie nach links. Eine solche Partei ist eine Notwendigkeit für unser Volk, wenn es nicht in zwei Gruppen auseinander fallen soll, die sich gegenseitig befehden, wie es leider im 17. Jahrhundert infolge der Reformation gewesen war. Nach links müssen wir fordern, über den internationalen Ideen das nationale Empfinden nicht zu verlieren und von der Rechten fordern wir den Geist der sozialen Versöhnung. Dieses Ziel kann nur eine starke Mittelpartei erreichen, die auf dem Boden der Reichsverfassung steht und in nationaler und sozialer Gedankenrichtung die Geschicke unseres Volkes zum Guten lenkt. (Lebhafter, anhaltender Beifall).

•

„Dominicus und der 1. Mai".

In der Volkswacht vom 6. Mai 1920 wird unter der Spitzmarke „Demokratische Maßregelungsdrohung" ein Artikel des Vorwärts abgedruckt, worin dem Oberbürgermeister Dominicus vorgeworfen wird, daß er als Magistratsdirigent von Berlin-Schöneberg angeordnet hätte, daß ein Fehlen von städtischen Beamten und Arbeitern als ein unentschuldigtes Fortbleiben vom Dienste angesehen werden müsse. Die Volkswacht knüpft daran die Bemerkung, das sei doch eine merkwürdige Handlung eines demokratischen Kandidaten. Inwiefern das gegen die Demokratie verstoßen soll, ist unklar, denn im Gegenteil ist es doch demokratisch, sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, den 1. Mai nicht zu feiern. Infolgedessen konnte der Magistrat garnicht hiergegen handeln und etwa fernbleibenden Angestellten und Arbeitern den Lohn zahlen. Dazu wäre die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nach der Städteordnung notwendig gewesen.

Noch merkwürdiger aber wird eine Kritik des sozialdemokratischen Blattes, wenn man die Handlung des Oberbürgermeisters Dominicus vergleicht mit der des Oberbürgermeisters von Magdeburg, des Sozialdemokraten Beims. In Magdeburg hatte die Stadtverordnetenversammlung, die eine sozialdemokratische Mehrheit aufweist, im Gegensatz zu Schöneberg beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Hiergegen aber sträubte sich der Magdeburger Magistrat. Unter Führung des Mehrheitssozialisten Beims erklärte er sich sogar dazu bereit, diejenigen städtischen Beamten, die es wollten, fehlen zu lassen, aber selbstverständlich müsse ihnen der Lohn dafür abgezogen werden. Also genau dieselbe Handlungsweise wie die des Herrn Oberbürgermeister Dominicus, blos hier im Gegensatz zu der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung. Das Merkwürdigste ist, daß diese sozialdemokratische Mehrheit sich ihrem Oberbürgermeister unterwarf und ihrerseits darauf verzichtete, ihren ursprünglichen Beschluß der strikten Feier des 1. Mai durchzuführen. Um dieser Anekdote noch den besonders pikanten Schluß zu verleihen, dürfen wir verraten, daß die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung unter allen Umständen aber die Schulen schließen wollte zum 1. Mai. Hiergegen aber sträubte sich der mehrheitssozialdemokratische Oberbürgermeister Beims mit aller Macht und erklärte, daß er keinen allgemeinen Schluß der Schulen zulassen würde, sondern nur individuell das Fehlen der Lehrer und Schüler gemäß dem Erlaß des Kultusministers. Wenn also der Vorwärts oder die Bielefelder Volkswacht wegen des 1. Mai an einer Stadtverwaltung Kritik üben zu müssen glaubt, so empfiehlt es sich, diese Kritik nicht zu richten an den demokratischen Oberbürgermeister Dominicus von Berlin-Schöneberg, sondern an den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Beims von Magdeburg.

= **Der nächste Wochenmarkt** wird bereits am kommenden Mittwoch abgehalten.

= **Gültigkeit der Eisenbahnfahrkarten.** Um dem starken Andrang an den Fahrkartenschaltern zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß Fahrkarten wieder am Tage vor Antritt der Reise gelöst werden können. Die Gültigkeit der Fahrkarten beträgt vier Tage.

= **Herford ohne Bier.** Wie wir erfahren, treten die hiesigen Gastwirte ab heute nachmittag in einen Bierstreik als Protest gegen die neuerliche Erhöhung des Bierpreises. Wie lange dieser Streik dauern wird, ist noch nicht bekannt. Der Herforder Gastwirteverein will durch den Ausschankstreik versuchen, die Preiserhöhung rückgängig zu machen oder doch wenigstens abzuschwächen, obwohl diese von der Regierung schon seit April genehmigt ist.

Von Seiten des Wirtevereins ist eine hohe Konventionalstrafe für jeden Streikbrecher festgesetzt. Von der Bürgerschaft und vor allen den Biertrinkern wird erwartet, daß der Streik durch Enthaltsamkeit unterstützt wird und so mit Erfolg durchgeführt werden kann.

g. **Die Lebensmittel- und Gewerbeausstellung,** verbunden mit Gastwirtsmesse, die vom 26. Juni bis 10. Juli in den Anlagen des Schützenberges stattfindet, hat in den betreffenden Kreisen freudige Aufnahme gefunden. Zahlreich sind die Anmeldungen eingelaufen. Fast alle besseren Plätze im Park und in den Sälen sind vergeben. Der Ausstellungsplan weist schon jetzt eine hübsche Anordnung auf und läßt auf die Vielseitigkeit dieses Unternehmens schließen.

= **Musikverein.** In der heutigen letzten Probe, die 7.40 Uhr beginnt, werden die Platzkarten und die Karten für das Kirchenkonzert ausgegeben.

g. **Die Versammlung des Obst- und Gartenbauvereins** am letzten Sonnabend erfreute sich eines sehr regen Besuchs. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag von Frl. Haas über: Gemüse- und Obstverwertung im kleinen Haushalt. Rednerin konnte als Obst- und Gemüseverwertungslehrerin aus dem Vollen schöpfen und aus jahrelanger Erfahrung manchen beherzigenswerten Fingerzeig geben. Gespannt folgten besonders die Damen ihren lehrreichen Ausführungen. Es kam ihr in diesem Vortrage darauf an, die Notwendigkeit darzutun, alles was Boden und Natur hervorbringt für die menschliche Ernährung zu erhalten. Alles Obst und Gemüse, das nicht frisch verwertet werden kann, muß konserviert werden, sei es durch Einkochen, Einmachen oder Dörren. Rednerin zeigte nun die verschiedenen Methoden. Ihre lehrreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und noch manche Frage in der lebhaften Aussprache beantwortet. Beschlossen wurde, zur Zeit der Beerenreife einen Ausflug zu den großen Obstplantagen des Herrn von der Mühlen in Jöllenbeck zu machen. Empfohlen wurde Schrebergärtendünger. Da Ammoniak für Geld nicht zu haben ist, bietet der Schrebergärtendünger einen vollwertigen Ersatz. Als Volldünger enthält er Stickstoff, Phosphorsäure und Kali. Auf einen Quadratmeter genügten 60—80 Gramm. Fünf Kilogramm kosteten etwa 12 bis 13 Mark. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle des Vereins U. d. L. entgegen. Eine Komission, bestehend aus Frau Angenete, Frl. Haas und den Herren Riepe und Ebert, wird in nächster Zeit einige Gemüse- und Obstgärten besichtigen und die besten zur Prämiierung vorschlagen. Das Interesse am Gartenbau soll dadurch gehoben werden. An diese anregenden Verhandlungen schließt sich dann eine Verlosung von Gemüse- und Obstkonserven.

p. **Für 35 000 ℳ Weißwaren gestohlen.** In der Nacht zum Sonnabend wurde in ein Weißwarengeschäft der Bäckerstraße eingebrochen. Auch hier haben sich die Täter durch Anwendung von Nachschlüsseln Eingang zu den Räumen verschafft. Sonnabend morgen wurden auf dem Bahnhof drei Personen mit den gestohlenen Sachen betroffen. Während zwei die Flucht ergriffen, konnte ein Mann Namens Heinrich Stodt festgenommen werden. Der größte Teil der gestohlenen Waren im Werte von 35 000 ℳ wurde bei ihm vorgefunden und beschlagnahmt. Stodt will natürlich die Sachen von dem großen Unbekannten für 450 ℳ gekauft haben. Er ist aber der Täterschaft überführt und es gelang auch noch im Laufe des Nachmittags in Bielefeld den zweiten Täter, Walter Brandt, festzunehmen, während das Haupt der Bande, der Italiener Willi Goboni, sich abermals durch die Flucht der Verhaftung entzog. Brandt und Goboni haben auch den Schuhwarendiebstahl bei Tscheche, wo Schuhwaren im Werte von 20 000 ℳ gestohlen sind, und den Diebstahl bei Rottmann begangen. Diese Sachen sind in Essen umgesetzt. Auch den Diebstahl bei Zintl hat die Bande begangen.

p. **Gefaßter Fahrraddieb.** In Oeynhausen wurde der Dieb, der das Fahrrad Nr. 36 384 hier gestohlen hatte, festgenommen. Das Rad wurde beschlagnahmt und dem Eigentümer wieder zugestellt.

p. **Gestörte Diebe.** Eingebrochen wurde in der vergangenen Nacht in die Konditorei Zintl. Die Diebe, die bei ihrer Arbeit gestört sind, haben sich mittels Nachschlüssels Eingang zu den Räumen verschafft und haben bei der Flucht einen mit Schokolade gefüllten Koffer zurückgelassen.

Amt Herford-Hiddenhausen.

u. **Diebrock,** 8. Mai. In den letzten Tagen ist auf allen Dörfern die Leinsaat gesät und der erste Klee, der nicht überall gut steht, gemäht worden.

62. Westfälischer Provinziallandtag.

7. Vollsitzung.

PWK. **Münster,** 8. Mai.

Um 10 Uhr 40 Min. wird die 7. und Schlußsitzung durch den Vorsitzenden eröffnet.

Nach längerer Debatte, in die auch der Landeshauptmann eingreift, wird ein dem Provinziallandtag zugegangener Antrag angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Entwurf einer Provinzialordnung vor seiner Einbringung als Gesetzvorschlag den Provinzialverbänden zur Begutachtung zugehen zu lassen.

Nach Vornahme der Wahlen zum Haushaltungsausschuß für den nächsten Provinziallandtag und von sieben Mitgliedern zur Verstärkung des Provinzialausschusses als Kommission für die Festsetzung der neuen Beamtengehälter und der Wahl von vier neuen Landesräten, darunter die des sozialdemokratischen Abg. Schneider-Dortmund, berichtet Abg. Dr. Eichhoff-Dortmund (Verein.) über die Haupthaushaltspläne und empfiehlt die Erhebung einer Provinzialsteuer in Höhe von 44 Prozent.

Das Haus beschließt demgemäß. Die Wahldauer des Landeshauptmanns Dieckmann wird von 6 auf 12 Jahre festgesetzt.

Landeshauptmann Dieckmann sagt zu, dafür Sorge tragen zu wollen, daß bei Erhebung der Nachsteuer die Interessen der Städte, Gemeinden und Kreise voll gewahrt werden.

In seinen Schlußwort dankt der Vorsitzende Jansen-Brilon dem Landeshauptmann, den Beamten und besonders den aus der Verwaltung ausscheidenden Beamten für ihre treue Mitarbeit. Zugleich stattet er dem Hause den Dank für die Unterstützung während der Tagung ab.

Abg. v. Ledebur (Verein.) dankt dem Vorsitzenden im Namen des Hauses.

Oberpräsident Dr. Würmeling: Hochgeehrte Herren! Ihre Tagung ist zu Ende. In einmütigem Zusammenwirken haben Sie eine reiche Tagesordnung Dank der hingebenden Vorarbeit Ihrer Kommissionen in wenig Tagen erledigt.

Die Deckung des Fehlbedarfs des laufenden Rechnungsjahres hat schwere Entschließungen von Ihnen gefordert. In der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit haben Sie nicht gezögert, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Sie können nun die Gewißheit mitnehmen, daß die Verhältnisse der Provinzialverwaltung, wenn auch schwierig, so doch durchaus geordnet sind. Daß Sie trotz der Not der Zeit auch ideale Zwecke so weitgehend zu fördern bereit sind, wie es Ihr Beschluß für die Erhaltung des Hönnetales ergibt, ist ein schöner Beweis Ihres unerschütterten Glaubens an unsere Zukunft.

Und nun meine Herren, kehren Sie glücklich heim zu Ihrer Familie und ihrem Berufe. Ein schweres Jahr liegt vor uns. Bleiben wir Westfalen in dieser ernsten Zeit uns alle klar bewußt, daß nur ernste, zielbewußte Arbeit in Ruhe, Ordnung und friedlichem Ausgleich unsere Heimat und unser ganzes Vaterland vor dem Verderben retten kann.

Namens der Staatsregierung erkläre ich nunmehr den 32. Provinziallandtag für geschlossen.

Mit einem einstimmig aufgenommenen Hoch auf die Provinz Westfalen und das Deutsche Reich erklärte der Landtagsvorsitzende seinerseits die Tagung für beendet.

Schluß 12 Uhr.

Arbeiterbewegung.

Bochum, 10. Mai. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte an den rhein.-westf. Zechenverband das Ersuchen gerichtet, den organisierten Belegschaftsmitgliedern, die am 1. Mai feierten, diese Feierschicht nicht auf die Urlaubszeit anzurechnen. Der Zechenverband hat diesem Ersuchen entsprochen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	8. Mai Geld	8. Mai Brief	7. Mai Geld	7. Mai Brief
Amsterdam-Rotterdam 100 Fl.	1878	1882	1923	1927
Brüssel-Antwerpen 100 Franken	344,65	345,45	340,65	341,35
Christiania . . . . 100 Kronen	984	986	1013¾	1016¾
Kopenhagen . . . 100 Kronen	879,10	880,90	894,10	895,90
Stockholm . . . . 100 Kronen	1088,90	1091,10	1121¼	1123¾
Helsingfors . . 100 finn. Mark	274,70	275,35	284,70	285,30
Italien . . . . . 100 Lire	259,70	260,30	249¾	250¼
London . . . . 1 Pfd. Sterling	197,80	198,20	203,80	204,20
New York . . . . 1 Dollar	50,45	50,55	52,90	53,10
Paris . . . . . 100 Franken	329,65	330,35	319,70	320,30
Schweiz . . . . . 100 Franken	899,10	900,90	934½	936
Spanien . . . . . 100 Pesetas	849,10	850,90	894½	895,90
Wien altes 100 Kronen	—	—	19,48	19,52
Wien in Dt.-Oestr. abgest. 100 Kr.	23,97	24,03	24,72	24,78
Prag . . . . . 100 Kronen	85,90	86,10	86,90	87,10
Budapest . . . . . 100 Kronen	22,32	22,82	22,72	22,78

•

Krupp bei Friedensarbeit.

Berlin, 10. Mai. Die Firma Krupp hat, wie die „Vossische Zeitung" hört, die Umstellung ihrer Werke auf die Herstellung von Friedensmaterial bisher mit großem Erfolge durchgeführt. Die Arbeiterzahl der Werke habe gegenwärtig den Stand von 1914 bereits wieder überschritten und betrage etwa 48 000 gegen 39 000 Mann vor dem Kriege.

Aus der Tabakwirtschaft.

Mannheim, 9. Mai. Nach einer Erklärung der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft in Mannheim ist der größte Teil der 1919er badischen Tabakernte von den Tabakpflanzern zum Rahmenpreis zuzüglich 60 Prozent Zuschlag, also etwa 640 ℳ pro Zentner, abgeliefert worden; der Rest folge demnächst. Dadurch könne die „Detag" nicht nur das unbesetzte, sondern auch das besetzte Gebiet ausreichend versorgen. Die „Detag" habe bereits die Genehmigung erteilt, daß ein großer Teil badischer Tabake in der Pfalz eingelagert und fermentiert werde. Diese Tabake stellten sich niedriger wie die im freien Handel gekauften pfälzischen Tabake und werden nach der Fermentation begehrter sein. Aus diesen Gründen sei auch der Stillstand und der Preisrückgang in pfälzischen Tabaken zu erklären.

Die Osnabrücker Bank hat mit der Artländer Bank in Quakenbrück ein Abkommen getroffen, demzufolge letzteres Institut, vorbehaltlich der Genehmigung durch die außerordentliche Generalversammlung, mit der Osnabrücker Bank verschmolzen werden soll. Die Niederlassungen der Artländer Bank in Quakenbrück und Fürstenau sollen als Zweiganstalten, die Agenturen der Artländer Bank in Ankum, Badberg, Berge, Nortrup und Bippen als Geschäftsstellen der Osnabrücker Bank weitergeführt werden.

Lederindustrie und Schuhpreise. Dresdener Blätter veröffentlichen eine interessante Zuschrift aus Fachkreisen der Lederindustrie, worin es heißt: „Eine große Preissenkung hat stattgefunden. Die im Zusammenhang mit dem Steigen der Valuta erfolgten großen Preisabschläge der Häuteauktion haben zur Folge gehabt, daß die Lederindustrie mit erheblich ermäßigten Preisen an den Markt trat. Die Schuhindustrie hat sich mit ihrer Kalkulation bald der veränderten Marktlage angepaßt und so den Schuhhandel in den Stand gesetzt, den Verbrauchern Schuhwaren zu billigeren Preisen abzugeben, als es sonst bei Zugrundelegung der bisher gezahlten Lederpreise möglich gewesen

wäre. Ob die jetzigen billigen Preise von Dauer bleiben werden, läßt sich in Anbetracht der erst jetzt in Kraft getretenen Lohn- und Gehaltserhöhungen allerdings nicht voraussagen".

Der amerikanische Geldsack droht.

Berlin, 10. Mai. In der Aufsichtsratssitzung der A. E. G. wurde beschlossen, den Restbetrag der Kapitalserhöhung von nom. 25 Millionen Mark einzahlen zu lassen und die Aktien zu begeben. In den letzten Tagen waren Verhandlungen mit einem amerikanischen Konsortium zum Abschluß gelangt, wonach die Amerikaner sich bereit erklärten, den gesamten Betrag dieser 25 Millionen Mark junger Aktien gegen Verrechnung in Dollars zu beziehen. Um die Gefahr maßgebenden ausländischen Einflusses auf ein führendes deutsches Unternehmen zu beseitigen, wurde vereinbart, das Stimmrecht der Aktien einem deutsch-amerikanischen Ausschuß von drei Personen zu übertragen, von denen zwei der A. E. G. nahestehende Deutsche sein müssen.

Die Krise in der Lederindustrie dauert infolge der Preisrückgänge am Häute- und Ledermarkt an. Selbst große Firmen überlaufen, laut Vorwärts, die maßgebenden Stellen mit Gesuchen, ihre fertigen Schuhe ins Ausland verkaufen zu dürfen. Bekanntlich herrscht für Schuhe ein Ausfuhrverbot. Die Gesuche um Ausfuhrgenehmigung werden in der Regel damit begründet, daß es sich um Luxusschuhwerk handelt, jedoch werden auch drohende Zahlungsschwierigkeiten als Grund für die Ausfuhrbewilligung angegeben.

Die Gefahr der kommenden Arbeitslosigkeit.

Man schreibt uns: Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir in Deutschland vor einer neuen großen Welle der Arbeitslosigkeit. Das Stocken des Warenabsatzes infolge der allgemein erwarteten Verbilligung der Waren wirkt bereits stark auf die Produktion zurück. Hinzu kommt, daß ein Teil der Waren längst einen Preis erreicht hat, zu welchem das Volk mit Ausnahme ganz weniger Kreise seine Bedürfnisse nicht mehr zu befriedigen vermag, weil auch das erhöhte Papiereinkommen dazu nicht ausreicht. Hieraus erklärt sich z. B. die gegenwärtige Krisis in der Möbelindustrie und in vielen Teilen der Holzindustrie überhaupt. Kommt es infolge der steigenden deutschen Valuta zu einer starken Einfuhr ausländischer Waren zu wesentlich billigeren Preisen, so ist die deutsche Industrie infolge ihrer zu teuer eingekauften Rohmateriallager unter der Belastung durch die hohen Arbeitslöhne nicht mehr konkurrenzfähig. Eine künstliche Grenzsperre ist angesichts der ungeheuren Not des Volkes und des starken Warenhungers, der sich trotz der gegenwärtigen Kaufunlust überall bemerkbar macht, garnicht durchführbar und muß in der heutigen Lage vom Konsumentenstandpunkt aus aufs schärfste bekämpft werden. Kommt aber andererseits die allgemein erwartete Einfuhr billigerer Waren auf Grund günstigerer Valuta nicht, dann versagt aus den schon erwähnten Gründen die Kaufkraft der Massen sicherlich noch für längere Zeit. Auch in diesem Falle wird die Produktionsstockung und in ihrem Gefolge die Arbeitslosigkeit nicht ausbleiben. Die wirtschaftlichen und politischen Gefahren, die aus der kommenden Arbeitslosigkeit der Gesamtheit erwachsen können, sind noch garnicht abzuschätzen. Da die in Vorbereitung befindliche Reichsarbeitslosenversicherung, die wenigstens einen Teil der Kosten der Arbeitslosenunterstützung auf die Versicherten und Arbeitgeber abwälzt, so schnell mit Sicherheit ihre Wirksamkeit nicht entfalten können wird, so werden Reich und Gemeinde auch diesmal wieder die ganze Last der Erwerbslosenfürsorge allein tragen müssen. Das bedeutet neue drohende Vermehrung der Papiernoten, Verschlechterung der Valuta und in der Entwicklung schließlich ein Zurückgeworfenwerden in das alte Valutaelend, das Optimisten schon überwunden glaubten. Man soll deshalb über die zweifellos sich anbahnende Ermäßigung der Warenpreise nicht zu früh jubeln. Die kommende Arbeitslosigkeit kann uns nur zu leicht wieder in den Sumpf zurückstoßen.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: Ge. Bese, beide in Herford.

Der Wochenmarkt wird nicht am Donnerstag, den 13. Mai, sondern bereits am Mittwoch, den 12. Mai d. J. abgehalten.

Herford, den 8. Mai 1920. **Die Polizei-Verwaltung.**

Amtliche Bekanntmachungen
des Landkreises Herford.

Für die Ankörung der Eber

im Land- und Stadtkreise Herford werden folgende Termine festgesetzt:

I. Dienstag, am 11. Mai 1920:

1. vormittags 9 Uhr bei der Wirtschaft Schütte in Bieren,
2. vormittags 11,30 Uhr auf dem Hofe des Wirtes Landwehrmann am Bahnhof Bünde,
3. nachmittags 2,30 Uhr an der Kleinbahnstation Horst bei Motho.
4. nachmittags 4 Uhr bei der Wirtschaft Knöner (Kleinbahnhof) in Exter;

II. Mittwoch, am 12. Mai 1920:

1. nachmittags 1,45 Uhr bei dem Ackerbürger Hagemeyer in Enger, Bruchstraße 11,
2. nachmittags 3,15 Uhr bei der Wirtschaft Heitmann in Spenge (Kleinbahnhof);

III. Freitag, am 14. Mai 1920:

1. vormittags 9,45 Uhr bei dem Gastwirt Horstkotte in Löhne (Bahnhof),
2. nachmittags 1,15 Uhr bei der Wirtschaft Wwe. Tiemeyer, Herford (Stiftberg).

Jedem Eberbesitzer ist es überlassen, zu welchem Körtermine oder Körorte des Kreises er den Eber vorführen will; die Vorführung durch schulpflichtige Kinder ist untersagt.

Zum Decken fremder Sauen, sei es unentgeltlich, sei es gegen Bezahlung, dürfen nur solche Eber verwendet werden, welche nach vorangegangener Prüfung (Körung) für zulässig zur Zucht befunden worden sind.

Die anzukörenden Eber müssen mindestens 8 Monate alt sein und dem Zuchttyp des veredelten westfälischen Landschweines angehören.

Die Ankörung erfolgt auf die Dauer der ganzen Deckzeit gegen eine an den Vorsitzenden der Körkommission zu entrichtende Gebühr von 4 *M*. Nicht mehr geeignet erscheinende Eber kann die Körkommission jederzeit abkören. Ein angekörter Eber soll in der Regel nicht länger als zwei Jahre in demselben Deckbezirk aufgestellt werden.

Für jeden angekörten Eber wird dem Besitzer ein Körbuch ausgestellt, welches von dem Vorsitzenden der Körkommission zu unterzeichnen ist. Dasselbe kann zurückgenommen werden, wenn während der Dauer seiner Geltung Umstände eintreten, welche den Eber zum Decken ungeeignet machen.

Die zur Zucht zugelassenen Eber werden durch Tätowieren im linken Ohr gekennzeichnet und zwar erhalten die Eber fortlaufende Nummern. In das rechte Ohr werden die Buchstaben He tätowiert werden.

Die in einem Kreise gekörten Tiere gelten für den ganzen Bezirk als anerkannt.

Für die besten angekörten Eber können Prämien bewilligt werden. Die Prämiierung erfolgt durch die Körkommission bei der Körung. Die Prämien werden bei der Veröffentlichung bekannt gegeben. Prämiierte Eber müssen ein Jahr lang im Kreise zum Decken aufgestellt bleiben, widrigenfalls der Empfänger den Prämienbetrag zurückzahlen muß.

Herford, den 6. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Die Fetteinheit für diese Woche beträgt: 1. auf die Margarinemarke 22 für Versorgungsberechtigte 200 Gramm Margarine zu 4 *M*, 2. auf die Margarinemarke 17 für Selbstversorger 100 Gramm Margarine zu 2 *M*, 3. auf die Fettmarke 19 20 Gramm Butter zu 0,35 *M*. Der Preis für Margarine ist neuerdings herabgesetzt. Bei den letzten drei Ausgaben wurde der am 31. März d. J. festgesetzte Preis erhoben. Der hierbei zu viel bezahlte Betrag soll durch entsprechend billigerer Abgabe in den nächsten drei Wochen vergütet werden.

Herford, den 10. Mai 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Tochter **Anna** mit dem Kaufmann Herrn **Erwin Schwoon** beehren wir uns anzuzeigen.

Ernst Hahndorf und Frau
geb. Kuhlemeier.
Herford,
im Mai 1920.

Meine Verlobung mit Fräulein **Anna Hahndorf** gebe ich hiermit bekannt.

Erwin Schwoon.
Hahnenklee (Oberharz),

Billige prima holl. Salzbrechbohnen

per Pfd. 55 Pfg.

sind zu haben am **Dienstag, den 11., Mittwoch, den 12., Freitag, den 14. Mai,** von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr bei

W. Havemann Nachfolg.
Inh. **Heinrich Limbach**, Schillerstr.
Gefäße sind mitzubringen.

J. Belthuysen, Osnabrück, Telefon 1551.
Import — Export — Kommission.

Zwei Reinemachfrauen
für sofort gesucht.
Lichtspielhaus „Wittekind"

Offiziere
energisch und kapitalkräftig von erster Industriefirma gesucht zur Uebernahme des
Alleinvertriebes
eines **patentamtl. geschützten, hochaktuellen Massenartikels, der alles auf dem Gebiet Bestehende übertrifft.** Organisation restlos vorhanden.
Weitestgehende Propagandaunterstützung. Interessenten, welche je nach Größe des Bezirks **feste Abschlüsse mit entspr. Anzahlung** zu tätigen in der Lage sind, wollen sich melden unter **M. 4847** an **Heinr. Eisler**, Annoncen-Expedition, **Berlin SW. 48.**

Wir kaufen
Papierabfälle aller Art
alte Zeitungen, Bücher, Journale, Pakpapier, Tagespapier
Buchdruckerei Friedrich Kuhle.

Tuch-Spezialhaus! Telefon 971. Pfingsten 1920.
Elegante Anfertigung nach Mass
auch von zugegebenen Stoffen.
Garantiere für tadellosen Sitz u. chicke Verarbeitung!
Aenderungen und Wenden von Anzügen in sauberster u. schnellster Ausführung!
Große Auswahl von in- u. ausländischen Stoffen.
Für den Sommer empfehle:
Anzugstoffe, hell kariert, **Paletotstoffe,** (Covercoat), **Hosenstoffe,** leichte, echte Kammgarne, **Hosenflanelle,** reinwollene, für Sport und Strasse, **Lüstre** für Sommerjoppen.
Voile, reinwoll. Mousseline, Opal, Batist, Foulardinen, Seide, Futterstoffe, stets in grösster Auswahl.
Bitte besichtigen Sie mein grosses Lager ohne Kaufzwang!
Peter Lehmacher
Bäckerstrasse 33, **Herford** Gänsemarkt 5.

Empfehle
Einzeichnung in meine Kundenliste
für Verkaufsstelle I Neuer Markt
für Verkaufsstelle II Wellbrockerweg.
Hermann Hüls.

Metall-Bettstellen, Matratzen, Polsterauflagen
Billigste Bezugsquelle.
Herforder Spezial Bettenhaus
E. & F. Maack, Herford
Mindenerstr. 1. Lübbertor.
Verl. Sie Katalog u. Preisliste.

Soeben eingetroffen die ersten
echten Monikendamer Brat-Voll-Bücklinge
von vorzüglicher Qualität.
Lachs in Dosen. Täglich frischer Spargel, prima Harzkäse 1/4 Pfund Mk. 3.—
W. Havemann Nachf.
Schillerstraße 8.

Ein Ofen, ein Fahrrad und ein Kinderwagen
wegen Platzmangel preiswert zu verkaufen
Elisabethstraße 15.

Kupplöcher
werden schnell und sauber gestanzt.
Sammetschuhe
Grösstes Lager in besserer Ausführung.
Mindenerstr. 36, II. Etage.

Verkaufe am **Dienstag, den 11. Mai,** mittags 11 Uhr, in meiner Stallung, Petersilienstr. 5, einen Posten besserer
Ferkel
A. Berghausen.

Verkaufe am **Dienstag, den 11. d. M., von mittags 12 Uhr** ab einen größeren Posten
Ferkel
Starke Schw., auch Fasel- und Saugenschweine.
Habe ständig ziemlich Auswahl in Ferkeln, welche preiswert verkaufe.
Wilhelm Winter,
Viehhandlung
Gerhardtstraße Nr. 32.
Ein Paar neue
Sammetschuhe
Größe 38, Mindenerstr. 36, II. Etage.

Verkaufe
Dienstag, den 11. d. M., mittags von 11—1 Uhr bei **Gastwirt Siekmann,** am Bahnhof, einen Posten
besserer Ferkel.
H. Reinke, Eickum.

Junges, ruhiges, geflüchtetes Ehepaar sucht
möblierte Wohnung
Bedingungen gleichgültig.
Angebote unter 7855 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Möbl. Zimmer
evtl. volle Pension von besser. Herrn sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter 7869 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Möbl. Zimmer
sofort oder später gesucht.
Angebote unter Nr. 2570 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Brinkmanns Theater.
Dir. Willy Thosen.
Montag, den 10. Mai, abends 8 Uhr:
Endgültiger Schluß der Spielzeit.
Vorstellung zum Einheitspreis von Mk. 1,90 u. 10 Pfg. Steuer.
Großer Lustspielabend.
Der Schrei nach dem Kinde
Preislustspiel in 3 Akten von Görner.
Vorverkauf bei Kortkamp.

Musik-Verein.
Montag, den 10. Mai, im Gymnasium **7.40 Uhr**
letzte Orchesterprobe.
Vollständiges Erscheinen unbedingt nötig. Ausgabe der Platzkarten

Turnklub — Rasensport.
Dienstag, den 11. Mai:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand**

Wer erteilt jungem Mädchen gründlichen
Tanzunterricht?
Angebote unter 7851 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Infolge Erkrankung des jetzigen Mädchens:
Tüchtiges Mädchen
für alles gesucht. Hoher Lohn, gute Verpflegung, jeden Sonntag Ausgang.
Frau Köhler, Herford,
Feldstraße 6.

Tüchtige Stunden- und Waschfrau
gesucht. Für Zeitverlust beim Hin- und Rückgang 1/2 Stunde Vergütung.
Frau Köhler, Herford,
Feldstraße 6.

Näherin
außer dem Hause für **Manschetten, Sportkragen u. Halsqueder** gesucht.
Wilh Schwarze,
Salzuflerstr. 84.

Suche zu sofort oder zum 1. Juni ein ordentliches
Mädchen
für kinderlosen Haushalt von 3 Personen. Nähe Bahnhof. Nähere Auskunft erteilt
Lübbertraße 5.

Selbständig arbeitendes
Mädchen
bei guter Verpflegung, Lohn 80—100 Mk. zu sofort gesucht.
Zu erfragen unter 7840 in d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebr. Fahrrad
zu kaufen gesucht.
Angebote unter 7865 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein Paar Offizierstiefel
Größe 40—41, billig zu verkaufen.
Lübberlindenstr. 109.

Eleganter fast neuer
Anzug
mittlere Figur, Friedenswaare, dunkelblau, Größe 47, billig zu verkaufen. Nachzufr. in der Geschäftsst. d. Ztg. unt. 7872.

Ca. 300 qm
Friedens-Linoleum
ca 5000
Möbelkachel
weiß und gemustert, gegen Höchstgebot zu verkaufen. Gefl. Angebote unt. 7812 an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Ja, auch Sie
tun gut daran, jetzt sofort eine Blutreinigungskur mit dem bewährten Blutreinigungstee Marke „Löwenhof" zu unternehmen. 1 Pak. Mk. 5,—, 3 Pak. Mk. 13,50.
Hautjucken, Krätze
in 2—3 Tagen beseitigt durch Spezialpräparat Nr 10 M 8,25.
Offene Beine
und andere Wunden verschwinden bei Gebrauch v. „Mutter Oberin" Kloster Wundercreme Mk. 6,75 und 9,75 Alle Artikel gegen Nachn. zuzügl. Porto u. Verpackung, nur echt vom
Laborat. Löwenhof 2
Dortmund 100.

Großer politischer Nachrichtendienst
Vossische Zeitung
Berlin